

Die Vorsitzende verlas den Tagesordnungspunkt, verwies auf die ausführliche Anlage hierzu und erkundigte sich nach Wortmeldungen.

Abg. Becker dankte für die umfangreiche und plausible Vorlage zur Organisationsuntersuchung in der Ausländerbehörde. Er hoffe, dass diese Maßnahmen dort auch Wirkung zeigten. Bei ca. 8000 unbearbeiteten Fällen sei es wichtig, dass man dranbleibe. Das dort erarbeitete Konzept müsse zügig umgesetzt werden. Dies könne nur mit einem gewissen Nachdruck erfolgen und ihm sei bewusst, dass die Belastung sehr hoch sei. Da es sich um viele Einzelschicksale handele, dürfe sich der Abbau der Rückstände jedoch nicht über Jahre hinziehen. Er stellte daher den Antrag, dass im Ausschuss für Personal und Gleichstellung regelmäßig berichtet werde, ob die beschlossenen Maßnahmen zum Erfolg führen. Dies müsse man im Blick behalten, insbesondere den Stand der abgearbeiteten Rückstände.

Abg. Krupp bestätigte, dass die Lage in den vergangenen Jahren sehr schwierig gewesen und es unerfreulich sei, wie hoch die Zahl der Rückstände sei. Jetzt endlich habe man klare Fakten und sie hoffe, dass sich die Situation im Interesse der Betroffenen zügig bessern werde. Sie wünsche sich für diesen Aufgabenbereich eine stabile Personalsituation mit wenigen Wechseln. Einen regelmäßigen Bericht im Ausschuss halte sie ebenfalls für gut und sinnvoll.

Abg. Balansky bestätigte ebenfalls, dass die Situation in der Ausländerbehörde insbesondere in Bezug auf die Personalsituation und die Rückstände unerfreulich sei. Sie hoffe, dass gutes und qualifiziertes Personal gefunden werden könne. Den Antrag auf regelmäßige Berichte unterstütze sie ebenfalls und dankte für den Vorschlag. Sie werde den Fortgang weiter interessiert verfolgen, um zu sehen, ob eine bessere Situation für das Amt geschaffen werden könne.

Auf Nachfrage der Abg. Meyer, ob verschiedene Teilaspekte dieser Untersuchung auch auf andere Organisationseinheiten übertragbar seien bestätigte Frau KD`in Udelhoven dies insbesondere für die Themen Prozessmanagement und Einführung des Dokumentenmanagementsystems, die langfristig über die gesamte Verwaltung gelegt würden.

Die Vorsitzende ergänzte den Tagesordnungspunkt um einen Beschlussantrag mit folgendem Wortlaut:

Die Verwaltung wird gebeten, regelmäßig im Ausschuss für Personal und Gleichstellung über den Fortgang in der Ausländerbehörde zu berichten,

insbesondere über den Abbau der noch offenen nicht bearbeiteten Fälle und der Personalsituation, die sich aufgrund dieser Organisationsumstellung ergeben habe.

Die Vorsitzende ließ abschließend über den o.a. Beschlussantrag abstimmen.